

Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses (RPA) zum Schlussbericht zur Jahresrechnung 2007 und die Empfehlung der Entlastung des Landrates

Die Rechnungsprüfung der Kreisverwaltung Teltow-Fläming hat pflichtgemäß die Jahresrechnung 2007 der Kreisverwaltung geprüft und die Ergebnisse in ihrem Schlussbericht vom 29.10.08 vorgelegt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung vom 11.11.08 einstimmig dem Bericht der Rechnungsprüfung zugestimmt und schlägt den Kreistagsabgeordneten vor:

- die Jahresrechnung 2007 ebenfalls zu beschließen und
- dem Landrat die uneingeschränkte Entlastung für die Haushalts- und Wirtschaftsführung 2007 zu erteilen.

Aus den Diskussionen im Rechnungsprüfungsausschuss wurden folgende Schwerpunkte und Anmerkungen dazu herausgearbeitet. Der RPA hat in der kurzen Zeit zwischen der Kommunalwahl 2008, der Konstituierung des Kreistages und der Formierung des RPA eine intensive Arbeit geleistet. Da der neue Kreistag nunmehr nur aus vier Fraktionen besteht, haben sich die Mitglieder des RPA ebenfalls auf diese Anzahl reduziert.

Mit der Jahresrechnung 2007 der Kreisverwaltung und dem Schlussbericht der Rechnungsprüfung haben wir als Abgeordnete Material in die Hand bekommen, das uns befähigt, die Haushaltsführung der Verwaltung bewerten zu können. Die Haushaltsführung ist komplizierter geworden, auch aus dem Grunde, weil die Finanzausstattung der Kommunen angespannter ist und noch in absehbaren Zeiten bleiben wird.

Da der Haushalt 2007 nicht ausgeglichen erstellt werden konnte, musste ein Haushaltssicherungskonzept erarbeitet werden. Haushalt und Haushaltssicherungskonzept wurden von der Kommunalaufsichtsbehörde des Ministeriums des Inneren mit Auflagen genehmigt und erst ab dem 11.10.2007 mit der Veröffentlichung der Haushaltssatzung in Kraft gesetzt. Das ist kritikwürdig, da die geplanten Investitionen für das Haushaltsjahr erst ab diesem Zeitraum getätigt werden konnten. Das wiederum führte zur Bildung von Haushaltsresten, die die Liquiditätsprobleme nach 2008 verlagern. Auch das Haushaltssicherungskonzept wurde nur mit Auflagen vom Ministerium genehmigt, weil zunächst kein Zeitrahmen, wann der Fehlbetrag ausgeglichen werden konnte, vorgegeben war. Darauf hatten auch die Kreistagsabgeordneten frühzeitig hingewiesen.

Der Sollfehlbetrag des Gesamthaushaltes beträgt über 15 Mio. €. Gegenüber den Vorjahren ist eine stetige Erhöhung der Sollfehlbeträge zu verzeichnen. Ungeachtet dessen konnten diese tatsächlichen Sollfehlbeträge gegenüber den geplanten Fehlbeträgen, so wie auch in den Vorjahren, reduziert werden. Das ist ein Hinweis darauf, dass die Verwaltung die Haushaltsführung und das Haushaltssicherungskonzept verantwortlich handhabt.

Der Vermögenshaushalt konnte ausgeglichen gestaltet werden.

In diesem Zusammenhang ist noch etwas bemerkenswert. Der RPA hat in den vergangenen Jahren immer angemahnt, dass aufgrund der Gemeindeordnung zur Sicherung der Haushaltswirtschaft und für Zwecke des Vermögenshaushaltes eine Rücklage zu bilden ist. Nach § 19 der GemHV sollte der Sockelbetrag der Rücklage mindestens 3,4 Mio. € betragen. Im Haushaltsjahr hat der Kreis 5,1 Mio. € Rücklagen gebildet. Damit liegt der Bestand erstmals seit 1998 über dem vorgeschriebenen Sockelbetrag.

Im Haushaltsjahr 2007 wurden für die Soziale Sicherung Ausgaben in Höhe von 98.548,2 T€ getätigt. Das sind mit 57,8 % mehr als die Hälfte der Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes. Dem gegenüber stehen nur 29.379,6 T€ Erstattungen und Zuweisungen des Bundes zur Verfügung. Der kreisliche Haushalt wurde somit mit 69.168,6 T€ belastet. Hauptposition stellen dabei die Kosten der Hartz IV Gesetzgebung dar. Gegenüber dem Jahr 2006 hat sich 2007 das Volumen der Ausgaben im Bereich Soziale Sicherung weiter erhöht,

während bei den Einnahmen eine erhebliche Verringerung zu verzeichnen ist. Die Zuschüsse von Bund für die Kosten für Unterkunft und Heizung betragen 2007 31,2 %. 2008 beträgt der Zuschuss 28,6 %. Dieser Anteil der Bundeszuschüsse soll 2009 auf 26 % verringert werden. Brandenburgs Finanzminister stellt weitere geringere Mittel für die Finanzausstattung der Kommunen in Aussicht. Insofern ist es unverständlich, dass zu dieser beabsichtigten Reduzierung der Zuschüsse für die Kosten für Unterkunft und Heizung durch die Bundesregierung ab dem 01.01.2009 bisher noch keine kritischen Reaktionen der Kommunen bzw. des Landkreistages vorliegen.

Der RPA schließt sich der Meinung der Rechnungsprüfung an, dass es nach wie vor bei der ARGE Probleme beim Nachweis von Zahlungsvorgängen gibt. Auch wenn sich die Höhe der ungeklärten Zahlungsvorgänge gemessen an den Gesamtausgaben weiter verringert hat, ist das nicht zu akzeptieren.

Neben den Ausgaben für die Soziale Sicherung sind die Personalausgaben eine wesentliche Position im Kreishaushalt. Die Personalausstattung je 1.000 Einwohner im Kreis hat sich gegenüber 2006 von 4,9 auf 4,6 Beschäftigten verringert. Damit liegen wir unter dem Durchschnitt vergleichbarer Kreise von etwa 5 Beschäftigte je 1.000 Einwohner. Ursachen dafür ist eine konsequente Personalpolitik, die wachsende Bevölkerungszahl in unserem Kreis und sicher auch die weitere Inanspruchnahme von Altersteilzeitregelungen. Die Personalkosten haben sich gegenüber 2006 um 855 T€ verringert, d.h. seit Bestehen unseres Landkreises Teltow-Fläming ist es überhaupt das erste Mal, dass die Personalkosten gegenüber dem Vorjahr verringert wurden. Nunmehr sollten wir die Personalreduzierung nicht weiter so betreiben, es sollte mehr auf die Qualität der Verwaltungsarbeit geachtet werden. Wenn wir stolz darüber sind, dass wir den „Oskar“ für die Wirtschaftsfreundlichkeit erhalten haben, dann sollte es doch auch ein Ziel sein z.B. der bürgerfreundlichste Kreis zu werden.

Auch wenn der Druck auf die Finanzierung von freiwilligen Aufgaben aufgrund des Fehlbetrages im Haushalt sehr hoch ist, ist es erforderlich, sich freiwillige Aufgaben zu leisten. Freiwillige Aufgaben gehören zu den weichen Standortfaktoren und machen unseren Kreis attraktiver. Deshalb ist es bemerkenswert, dass die Zuschüsse für solche Aufgaben im Wesentlichen gleich geblieben sind. Die finanziellen Belastungen für freiwillige Aufgaben sind gemessen am Gesamthaushalt ohnehin schon gering genug und werden den Haushalt nicht wesentlich beeinflussen. Wir sollten auch nie aus den Augen verlieren, den Bedürftigen unseres Kreises, insbesondere den Kindern, unsere ganze Aufmerksamkeit zukommen zu lassen.

Unplanmäßig übernahm der Kreis Anfang 2007 die Liegenschaften des Museumsdorfes Glashütte. Der Kreistag bekannte sich mehrheitlich zu dieser Maßnahme, weil die Einmaligkeit und der Erhalt dieses Kleinodes zwingend erforderlich war. Außerdem wurde dadurch kommunales Eigentum geschaffen. Die Vorbehalte einiger Kreistagsabgeordneten waren in der Hinsicht berechtigt, dass die Ausgaben für den Verein Glashütte höher sein werden als ursprünglich angenommen. Wir hoffen, dass zukünftig mehr Ordnung beim Betrieb des Museumsdorfes eintreten wird. Wenn wir aber die Belastungen für Glashütte verantworten müssen, dann stehen uns z.B. auch die Mieteinnahmen zu. Wir sind optimistisch genug, dass es bei einer ordentlichen Betriebsführung gelingen wird, Glashütte noch attraktiver und effizienter zu gestalten.

Mit dem Beschluss des Kreistages am 15.03.07 das Museumsdorf von Glashütte zu übernehmen, möchten wir den Landrat daran erinnern, dass er keine Abstriche an den anderen freiwilligen Aufgaben zulassen wird.

Wir bescheinigen der Kreisverwaltung eine ordentliche und auf Sparsamkeit ausgerichtete Haushaltsführung. Wir möchten aber eindringlich betonen, dass ein ausgeglichener Haushalt nur dann zu erreichen sein wird, wenn die Finanzausstattung der Kommunen wesentlich verbessert wird. Dafür zu sorgen ist Aufgabe und Verpflichtung aller im Landtag und im Bundestag vertretenen Parteien.

Wir bitten um Zustimmung unseres Antrages.

gez. Dr. Rudolf Haase
Vors. des RPA